

In Kürze

STRASSBURG Rappaz blitzt ab

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg hat den Rekurs von Bernard Rappaz gestern für unzulässig erklärt. Der Walliser Hanfbauer beschuldigte die Schweiz, trotz seines Hungerstreiks im Jahr 2010 an der Zwangsernährung festgehalten zu haben. Rappaz verbüsst zurzeit in Halbegefängnis eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und acht Monaten. *sda*

IPCO-PROZESS Gefängnisstrafe gefordert

Der mutmassliche Drahtzieher des 125-Millionen-Franken-Betrugs der Ipc Investment AG soll mit einer siebenjährigen Freiheitsstrafe bestraft werden. Für die beiden anderen Beschuldigten hat der Staatsanwalt gestern vor dem Strafgericht in Schwyz eine bedingte Strafe beantragt. Der Fall geht auf die Jahre 1997 bis 2004 zurück. Der 42-jährige mutmassliche Drahtzieher hatte sich, nachdem er von Argentinien in die Schweiz ausgeliefert worden war, nach Dubai abgesetzt. *sda*

WAADT Volksinitiative für ein Bettelverbot

Die SVP fordert ein generelles Bettelverbot im Kanton Waadt. Dafür lancierte sie gestern eine Volksinitiative. Dies sei das einzige wirksame Mittel gegen die Netze, welche die Armut ausnutzen würden. Bis im August muss die SVP 12 000 Unterschriften sammeln. *sda*

SPORT Fernsehen vor dem Aus

Die Schweizer TV-Landschaft ist ab Ende Juni voraussichtlich um einen Sender ärmer: Das Schweizer Sportfernsehen (SSF) wird den Betrieb einstellen, sofern «nicht noch ein weisser Ritter auftaucht», wie VR-Präsident Tom Mörker sagte. Man führe weiterhin Gespräche mit möglichen Investoren. Da eine Lösung aber bis jetzt nicht greifbar ist, wurde der 30. Juni als letzter Sendetag festgelegt. *sda*

STATISTIK Haushalte werden immer kleiner

Die Zahl der Privathaushalte in der Schweiz ist in den zehn Jahren seit 2000 kräftig gewachsen – um 14 Prozent auf rund 3,5 Millionen. Vor allem die kleinen Haushalte mit ein oder zwei Personen legten stark zu. Die Kleinhaushalte mit einer Person nahmen bis 2010 seit der Volkszählung 2000 um 18 Prozent auf 1,27 Millionen zu, jene mit zwei Personen um 19 Prozent auf 1,14 Millionen. Die Zahl der Haushalte mit drei Personen erhöhte sich um 15 Prozent auf gut 460 000, jene mit vier Personen um 1 Prozent auf 430 000. Das zeigt die Strukturhebung 2010 des Bundesamtes für Statistik. *sda*

HANDELSFÖRDERUNG Osec bekommt neuen Namen

Die Schweizer Aussenhandelsorganisation Osec tritt künftig mit dem Markennamen Switzerland Global Enterprisa auf. Der Name soll selbsterklärend wirken und die Interessen von Schweizer Unternehmen in die Welt hinaustragen. *sda*

FORSCHUNG GESPONSERTE LEHRSTÜHLE

Wie die Uni Bern bei der Wirtschaft Klinken putzt

Ob Rektor oder Professor: Weibeln bei der Wirtschaft ist heute Pflicht. Denn private Drittmittel werden für die Unis immer wichtiger. Doch der Umgang mit diesem Geld sorgt für Kritik aus den eigenen Reihen: Es fehle an klaren Spielregeln und Transparenz, monieren Professoren. Auch die Universität Bern ist davon weit entfernt.

Die Schweizer Hochschulen brauchen Geld. Viel Geld. Über 7 Milliarden Franken jährlich verschlingt das hiesige universitäre Bildungswesen inzwischen – Tendenz steigend. Davon beappt heute die öffentliche Hand zwar gut 85 Prozent. Doch das werde nicht mehr lange so bleiben, prognostizieren Experten.

Notgedrungen müssen die Unis deshalb neue Finanzquellen erschliessen, um den Ausfall zu kompensieren: Dazu verkaufen sie schon heute ihre Forschung und ihre Dienstleistungen vermehrt auf dem Markt, suchen private Geldgeber und lassen sich von Unternehmen ganze Institute und Lehrstühle sponsern. 464 externe Kooperationsprojekte hatte 2011 etwa allein die Uni Bern.

Zusammen holen die zehn kantonalen Unis und die zwei ETHs so von der Privatwirtschaft fast 600 Millionen Franken jährlich herein. Damit decken sie gut 8 Prozent ihrer Kosten – ein Klacks im Vergleich mit den Verhältnissen an angloamerikanischen Unis.

Anreiz zum Anschaffen

Doch der Anteil wächst konstant. Das will auch der Gesetzgeber so: Je mehr sie von Donatoren, Stiftungen und Firmen einwerben, hält das Hochschulförderungsgesetz die Unis zum Anschaffen privater Gelder an, desto mehr Bundesbeiträge kriegen sie.

Professoren investieren daher immer mehr Arbeitszeit ins monetäre Weibeln – und die Unileitungen professionalisieren das Fundraising. So hat etwa Zürich dafür eigens eine Stiftung geschaffen. In Bern kümmert sich derweil noch eine einzelne Person im Rektorat um die Mittelbeschaffung. Unterstützung leistet die Wissenstransferfirma Unictetra.

Wehret den Anfängen

Was die einen als leistungs- und innovationsfördernde Praxisnähe loben, weckt bei andern Bedenken. Die politisch gewollte Marktorientierung und das zunehmende Sponsoring gefährden die Freiheit von universitärer Forschung und Lehre, warnt etwa Markus Müller, Staatsrechtler an der Uni Bern. Der Mitinitiant des Zürcher Appells setzt sich daher mit Gesinnungsgeossen «für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit» ein. Ihr Anliegen: mehr Gefahrenbewusstsein und Reflexion im

Umgang mit den Sponsorengeldern. Denn sicher ist: Kein Unternehmen sponsert aus reiner Wohltätigkeit und verschenkt einfach so Millionen.

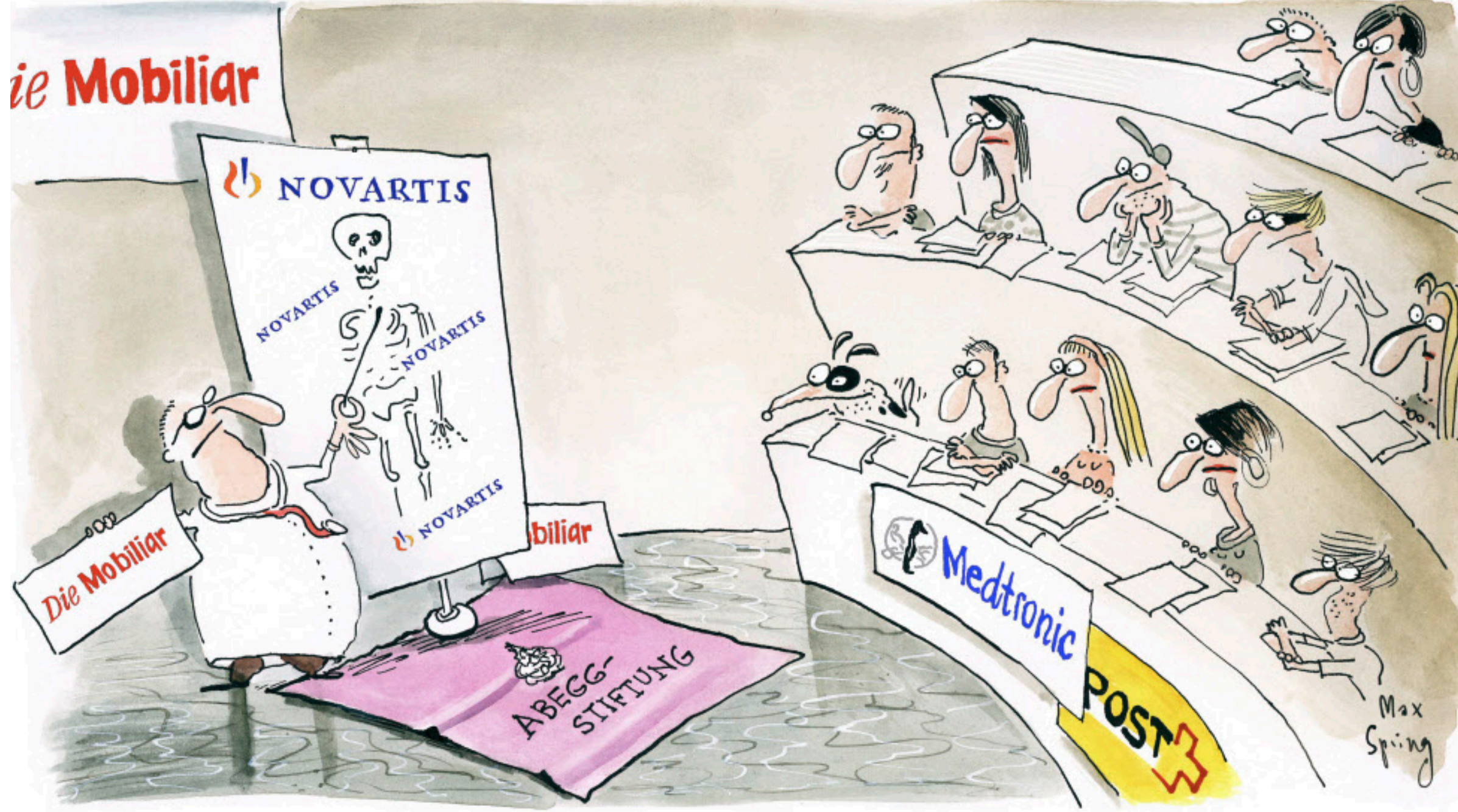
An seiner Berner Heimuniversität vermeidet Müller zwar tunlichst die offene Konfrontation. Doch seine Botschaft an die Unileitung ist unmissverständlich: «Die Universitäten müssen Sponsorenverträge offenlegen: Woher kommen die Mittel, wie hoch sind sie, wohin fliessen sie konkret, was sind die Bedingungen?», sagt er im Interview mit dieser Zeitung. Wie schwer sich die Uni Bern damit tut, zeigt die Probe aufs Exempel: Sie liefert auf Anfrage zwar statistisches Zahlenmaterial. Bei den entscheidenden Details hält sie sich aber bedeckt.

Private Drittmittel: Die Uni Bern erhält heute insgesamt 23,2 Millionen Franken private Drittmittel (ohne Dienstleistungserträge). Zum Vergleich: Bei der Uni Freiburg etwa sind es knapp 12 Millionen, bei der Uni Basel über 71 Millionen. In Bern stammen rund 12 Millionen von nicht gewinnorientierten Organisationen und Stiftungen, 3 Millionen kommen aus Fonds und Legaten oder direkt von Privatpersonen. Die Privatwirtschaft schiebt nicht ganz 9 Millionen Franken in den Untopf ein (siehe Grafik). Bei der Akquisition privater Gelder am erfolgreichsten sind die Philosophisch-historische und die Medizinische Fakultät.

Die privaten Drittmittel haben sich in Bern in den letzten zehn Jahren verdoppelt und machen heute 3 Prozent des gesamten Unietats von 754 Millionen Franken aus. Rechnet man die Dienstleistungserträge von rund 50 Millionen Franken hinzu, liegt der Anteil bei 10 Prozent.

So oder so noch kein riesiger Anteil. Aber er steigt von Jahr zu Jahr. Kein Wunder: Unter dem früheren Rektor Urs Würzler hat die Uni Bern für die interne Mittelverteilung dasselbe Leistungsprinzip eingeführt wie der Bund: Wer hat, dem wird gegeben. Unmittelbare Folge: In Berufungsverfahren ist das Verkaufstalent der Bewerber zu einem zentralen Kriterium geworden.

Stellenfinanzierung: Mit den 23,2 Millionen Privatmitteln finanziert die Uni heute 115 ihrer rund 3873 Vollzeitstellen. Zwei Drittel des Geldes fliessen dabei in Projekte und Temporärjobs für Doktorierende – ein wichtiger Batzen für die Nachwuchsför-



derung, die sonst noch mehr darben würde. Nicht ganz 7 Millionen Franken kommen dem oberen Mittelbau und der Administration zugute. Knapp 4 Prozent der Privatmittel oder gut 830 000 Franken jährlich wandern in die Lohntüte von Professoren. Umgerechnet auf Vollzeitstellen heisst das: 4 von insgesamt 378 professoralen Fulltime-Jobs zahlt die Uni heute mit privaten Mitteln. Diese Stellenprozente verteilen sich auf diverse Lehrstühle an der Philosophisch-historischen Fakultät sowie bei den Theologen, den Medizinern, den Veterinären und den Naturwissenschaftlern.

Fundraising-Projekte: Insgesamt sind es acht Lehrstühle, die nach Uniangaben ganz oder teilweise mit privaten Geldern finanziert sind – davon fünf über private Spenden oder Stiftungen (siehe Tabelle). Drei Professuren hängen direkt am Tropf von Firmen: Novartis bezahlt den Lehrstuhl für allgemeine innere Medizin, das Medizintechnikun-

«An der Höhe einzelner Beiträge besteht kein öffentliches Interesse.»

Martin Täuber Berner Unirektor

ternehmen Medtronic beteiligt sich an der Professur für invasive Kardiologie, und die Mobiliar-Versicherung finanziert den Lehrstuhl für Klimafolgenforschung im Alpenraum.

Zu den konkreten Anstellungsverhältnissen und zur Höhe der einzelnen Sponsorenbeiträge für die Lehrstühle will die Uni indes «keine Auskunft geben». Der Sponsor müsse entscheiden, ob er die Höhe seines Beitrags bekannt geben wollte, rechtfertigt der Berner Unirektor Martin Täuber das Schweigen: «Die Universität Bern kommuniziert das nicht von sich aus.» Andernfalls wäre sie im Fundraising-Wettbewerb benachteiligt, so Täuber.

Die Uni erfülle ihre Transparenzpflicht gegenüber der Öffentlichkeit, indem sie die Gesamtsummen der Sponsorengelder und der privaten Drittmittel publiziere: «An der Höhe einzelner Beiträge besteht kein öffentliches Interesse.» Ob voneinander Gehorsam oder das Diktat der Firmen – was immer

hinter der Geheimniskrämerei steht: Unabhängigkeit sieht jedenfalls anders aus.

Sponsoring-Konditionen: Auf Granit beisst in Bern auch, wer nach den konkreten Konditionen und Gegenleistungen für die gesponserten Lehrstühle fragt. Die Uni begnügt sich mit dem Hinweis auf ihre allgemeinen Richtlinien (vgl. Box). Die Professorwahl erfolge nach den Vorgaben von Fakultäten und Universität, heisst es etwa. Die Freiheit von Forschung und Lehre bleibe gewahrt. Zudem sei der Inhaber einer Professur frei bei der Wahl der Forschungsprojekte und der Methoden, unabhängig in der Interpretation der Forschungsergebnisse und besitze Publikationsfreiheit.

So weit die graue Theorie. Doch die Praxis sieht bisweilen anders aus. Beispiel Mobiliar-Professur: «Die Mobiliar erwartet von den Forschungsarbeiten Beiträge in praxisorientierter Form, die für versicherungstechnische Arbeiten herangezogen werden können», sagt der Berner Versicherer auf seiner Website klipp und klar, was er für seine 5 Millionen Franken will. Zudem kann die Mobiliar laut Staatsrechtler Müller auch bei der Lehrstuhlbesetzung mitreden.

Kollektives Nichtstun

Welche Klauseln sonst noch vereinbart wurden, bleibt im Dunkeln. Die Uni Bern hält die Sponsorenverträge unter Verschluss. Denkbar wäre laut Uni höchstens, diese mit dem Einverständnis des Geldgebers vor Ort anzuschauen. Aber: «Details aus den Verträgen können nicht publiziert werden.»

Er hätte kein Problem damit, sämtliche Daten offenzulegen, sagt Täuber, «allerdings nur, wenn das alle Hochschulen im

«Die Mobiliar erwartet von den Forschungsarbeiten Beiträge in praxisorientierter Form, welche für versicherungstechnische Arbeiten herangezogen werden können.»

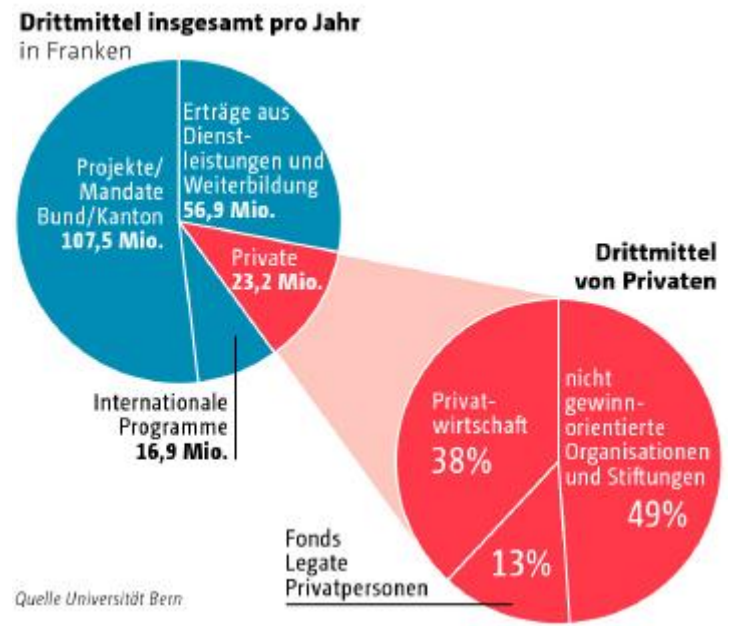
Die Mobiliar auf ihrer Website

gleichen Ausmass tun». Tatsächlich mauern auch die andern Universitäten hartnäckig. Eine hinreichende Begründung für das kollektive Nichtstun ist das freilich nicht.

Ungelenker Eiertanz

«Die Diskussion über eine allfällige Verschärfung der Sponsoring-Richtlinien», betont Täuber weiter, «kann nur auf nationaler Ebene geführt werden.» Doch daran haben augenscheinlich weder die Unis noch die Schweizerische Rektorenkonferenz ein Interesse. Stattdessen streichen sie den Nutzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hervor, den niemand bestreitet. Der hiesige Wissenschaftsbetrieb predigt in Sonntagsreden oft und gerne die Transparenz. Doch die Umsetzung bleibt ein ungelinkter Eiertanz. Das Motto ist dabei an allen Unis dasselbe: «Wir nicht – die andern auch.» Peter Meier

UNIVERSITÄT BERN



Quelle Universität Bern.

NEBENBESCHÄFTIGUNGEN

Professoren in der freien Wildbahn

Professoren an Schweizer Universitäten sind heute besser mit der Wirtschaft vernetzt als je zuvor. Wie genau, weiss indes niemand.

Wer es heute als Professor zu etwas bringen will, muss raus in die freie Wildbahn. Längst sind die Hochschullehrer denn auch ausserhalb von Hörsälen und Studierstuben tätig: als Berater, Experten, Firmengründer, Geschäftspartner oder Stiftungs- und Verwaltungsräte. Solche privaten Nebentätigkeiten sind zwar bewilligungspflichtig, aber explizit erlaubt, oft sogar erwünscht – zumal so die Beziehungen zu potenziellen Geldgebern gestärkt werden. Die

Es geht um Nebeneinkünfte von gegen 75 Mio. Franken jährlich.

Uni Bern gewährt ihren Professoren für solche Zweitjobs zehn Prozent ihrer universitären Arbeitszeit. Ziemlich genau die Hälfte der Berner Lehrstuhlinhaber verfügt denn auch über die notwendige Bewilligung. An welchen Fakultäten sich die Professoren und Dozierenden besonders gerne in der Wirtschaft anheuern, so teilt die Uni mit, könne sie nur schätzen: An der Spitze liegen demnach die Juristen (57 Prozent der Professoren), gefolgt von den Wirtschaft- und Sozialwissenschaftlern (50 Prozent).

Im Mittelfeld tummeln sich Mediziner, Veterinäre, Human- und Naturwissenschaftler (je 30 Prozent) vor den Angehörigen der Philosophisch-historischen Fakultät (23 Prozent) und den Theologen (15 Prozent). Zudem halten die rund 390 Professoren gemäss Uniangaben zusammen 86 Stiftungs- und Verwaltungsratsmandate. Wer wie viele und wo innehat, legt die Uni allerdings weder auf Anfrage offen noch auf ihren Webseiten.

Doch bereits die Bekanntgabe dieser dürftigen Zahlen ist ein Fortschritt. Als nämlich die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) 2009 Art und Umfang der Nebentätigkeiten von Professoren an den Schweizer Unis analysieren wollte, gehörte Bern noch zu jenen Unis, die die Herausgabe solcher Daten kurzerhand verweigerten. Sie gab damals lediglich generalisierend an, dass 10 bis 20 Prozent der Professoren einer Nebentätigkeit nachgingen. Demnach haben sich in Bern die professoralen Zweitjobs innert knapp vier Jahren mehr als verdoppelt, wenn nicht gar vervielfacht.

Die EFK kam 2009 zum Schluss, dass die professoralen Nebentätigkeiten «durch ihren Umfang, ihre Folgen und Nebenwirkungen zu Beeinträchtigungen des Hochschulbetriebs führen können», und befürchtete insbesondere «den Reputationsverlust der Hochschule und Interessenkonflikte». Immerhin geht es um Nebeneinkünfte von gegen 75 Millionen Franken jährlich. Sie forderte daher Unis und ETHs auf, für mehr Transparenz zu sorgen und einheitliche Richtlinien auszuarbeiten. Geschehen ist bis heute nichts. pem

Die Argumente der SP für eine Einheitskasse

KRANKENVERSICHERUNG Im Gesundheitswesen sei ein Pseudowettbewerb im Gang, kritisiert die SP. Nur ein Ja zur Initiative für eine Einheitskasse könne diesen Beenden. Die Partei legt einen Bericht mit Argumenten für den Systemwechsel vor.

Im Hinblick auf die Abstimmung zur Einheitskrankenkasse legt die SP einen Bericht mit Argumenten auf den Tisch. Verfasst hat ihn die Gesundheitsökonomin Anna Sax. Sie hat im Auftrag der SP die Gründe unter die Lupe genommen, die für eine Einheitskasse sprechen. An der gestrigen Medienkonferenz der SP präsentierte Sax ihre Resultate.

«Fehlgeleiteter Wettbewerb» Das Fazit von Anna Sax zum heute geltenden System ist ernüchternd: Der Wettbewerb unter den Krankenversicherern habe weder zu mehr Effizienz noch zu mehr Qualität geführt. Vielmehr gehe es den Versicherungen vor allem darum, gesunde Versicherte anzuwerben. Sax betrachtet das heutige Modell als gescheitert. Die Logik des Wettbewerbs lasse sich schlecht auf eine Sozialversicherung anwenden.

Auswirkungen aufs Personal Sax bestreitet nicht, dass bei einem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet werden muss. 2000 von 7900 Arbeitsplätzen würden verloren gehen, bestätigt sie. Langfristig aber könnten sich laut Sax neue Arbeitsplätze im Bereich Gesundheitsförderung oder Fallbegleitung ergeben.

Gegenwurf der Regierung Wann über die Initiative zur Einheitskasse abgestimmt wird, ist noch offen. Derzeit ist ein Gegenorschlag des Bundesrates in der Vernehmlassung. Die Regierung will darin nicht eine Einheitskasse einführen, sondern beim bestehenden System an drei Punkten ansetzen: Erstens soll der Risikoausgleich verbessert werden, damit sich Krankenkassen nicht um gesunde Versicherte bemühen, sondern um eine gute Versorgung der kranken Versicherten. Zweitens soll für die teuersten Fälle ein Kostenpool eingerichtet werden, der ebenfalls die Risikoselektion verhindern soll. Und drittens schlägt die Regierung eine deutlichere Trennung zwischen Grund- und Zusatzversicherung vor. Laut Sax macht der Bundesrat damit einen Schritt in die richtige Richtung. Alle drei Punkte würden Schwächen des heutigen Systems anpacken. Doch mit der Einheitskasse könnten die Punkte rascher und vollständiger gelöst werden, sagt Sax.

turierten Behandlungsprogrammen könne man bei gleicher oder gar besserer Qualität Kosten einsparen. Ausserdem werde sich eine Einheitskasse um Prävention und Gesundheitsförderung kümmern. Wie genau die SP die Versicherten für solche Versorgungsmodelle gewinnen will, lässt die Partei offen. SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr betonte gestern, sie wolle an der freien Arztwahl festhalten. Laut Ökonomin Sax wäre auch die heute von vielen geforderte Vertragsfreiheit vom Tisch: Wenn alle bei der gleichen Kasse versichert sind, könne es sich diese nicht leisten, einen Teil der Ärzte von der Kostenübernahme auszuschliessen.

Im Gegenzug für die Einheitskasse mit einem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet werden muss. 2000 von 7900 Arbeitsplätzen würden verloren gehen, bestätigt sie. Langfristig aber könnten sich laut Sax neue Arbeitsplätze im Bereich Gesundheitsförderung oder Fallbegleitung ergeben.

Gegenwurf der Regierung Wann über die Initiative zur Einheitskasse abgestimmt wird, ist noch offen. Derzeit ist ein Gegenorschlag des Bundesrates in der Vernehmlassung. Die Regierung will darin nicht eine Einheitskasse einführen, sondern beim bestehenden System an drei Punkten ansetzen: Erstens soll der Risikoausgleich verbessert werden, damit sich Krankenkassen nicht um gesunde Versicherte bemühen, sondern um eine gute Versorgung der kranken Versicherten. Zweitens soll für die teuersten Fälle ein Kostenpool eingerichtet werden, der ebenfalls die Risikoselektion verhindern soll. Und drittens schlägt die Regierung eine deutlichere Trennung zwischen Grund- und Zusatzversicherung vor. Laut Sax macht der Bundesrat damit einen Schritt in die richtige Richtung. Alle drei Punkte würden Schwächen des heutigen Systems anpacken. Doch mit der Einheitskasse könnten die Punkte rascher und vollständiger gelöst werden, sagt Sax.

Brigitte Walser

Moment mal

Ueli Maurer im Off

Nach nur drei Monaten und weniger als 3000 «Gefällt mir»-Klicks hat Bundespräsident Ueli Maurer sein Facebook-Projekt für gescheitert erklärt. Gestern Nachmittag ging seine offizielle Seite offline.

Seine Begründung: «Ich hätte mir mehr Substanz gewünscht.» Nur, ist das die ganze Wahrheit? Seine Reaktion ist doch die eines beleidigten Departementschefs. Denn er vermochte nicht einmal seine eigenen Leute zu überzeugen. Hätte jeder seiner Beamten wenigstens einmal auf den «Ge-

fällt mir»-Knopf gedrückt, hätte er über 11 000 Sympathiebekundungen bekommen. Doch auch die waren offensichtlich beleidigt: Sie durften mehr als drei Jahre nicht auf Facebook surfen. Erst Ende letzten Jahres wurde diese Plattform im Verteidigungsdepartement wieder freigegeben.

Oder ist die Wahrheit eine noch ganz andere? Nämlich, dass sich die Militaristen in seinem Departement nur an Knöpfen erfreuen, wenn es nachher gehörig knallt. Gregor Poletti



Fertig mit Facebook: Bundespräsident Ueli Maurer.

Screen